

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

173. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 12. November 2019

Antrag 10

Privatisierungen erschweren

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für ein generelles Gebot einer Zweidrittelmehrheit bei „Privatisierungen“ von Vermögen der Republik Österreich aus

Privatisierungen von Staatsbesitz haben in Österreich eine traumatische Vorgeschichte. Dementsprechend positiv aufgefasst wurde der Beschluss des Parlamentes vom 2.7.2019, den Bestand der öffentlichen Wasserversorgung verfassungsrechtlich abzusichern.

Jedoch bleiben auch nach diesem sinnvollen und guten Beschluss im Themenfeld „Privatisierungen“ (neben der grundlegenden Problematik eines möglichen Eingriffes in vitale Interessen der ÖsterreicherInnen bei strategisch bedeutender Infrastruktur) viele negative Aspekte weiterhin bestehen.

So sollte bei Privatisierungen - sofern sie denn wirklich unvermeidlich sein sollten - mit absoluter Sicherheit gewährleistet werden, dass diese auch tatsächlich sinnhaft und unter Inbetrachtung sämtlicher denkbarer Alternativen die langfristig beste Handlungsweise ist.

Weiters sollte dieser Vorgang korrekt und zu einem angemessenen Preis abgewickelt werden, keinesfalls darf eine Abgabe leichtfertig, gegen das Staatswohl oder zum „Freundschaftspreis“ erfolgen.

Während vieler Jahrzehnte seit der Gründung der 2. Republik sorgten ein hoher Anteil an StammwählerInnen und eine generell hohe Wahlbeteiligung für politische Stabilität und Kontinuität. Gleichzeitig waren die politischen AkteurInnen sämtlicher Lager gegen Privatisierungen generell skeptisch oder ablehnend eingestellt.

In letzter Zeit jedoch ist ein verstärktes Auftreten von WechselwählerInnen feststellbar. Fundamentale Lagerunterschiede treten in den Hintergrund, während das momentane tagespolitische Geschehen und kurzfristige Stimmungslagen als Wahlmotiv relativ an Bedeutung zunehmen. Gleichzeitig nimmt das generelle Interesse am politischen

Geschehen ab und der Anteil der NichtwählerInnen zu.

Somit können politische Kursänderungen von weniger (aber dafür stärker polarisierten) Menschen beschlossen werden, die Wechselhaftigkeit und schwierige Prognostizierbarkeit des politischen Geschehens nehmen zu.

Dies wird speziell im Fall einer allfälligen Privatisierung zum Problem, da diese ihrer Natur gemäß nicht oder nur sehr schwer wieder rückgängig zu machen sind. Daher sollten Privatisierungen generell nur aufgrund einer möglichst breiten und allgemein akzeptierten Übereinkunft erfolgen, welche die Zweidrittelmehrheit darstellt.

Andernfalls drohen wiederkehrende Fälle fragwürdiger Abläufe und Fokussierung auf die Aufarbeitung von in der Vergangenheit beschlossenen An- und Verkäufen in diversen U-Ausschüssen anstatt Gestaltung der Zukunft.